Redaktion, Verlag und Druck, von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. $7\frac{1}{2}$ Sgr. monatlich $12\frac{1}{2}$ Sgr., für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 70. Abendblatt. Dienstag, den 11. Februar 1868.

Deutschland.

□ **Berlin**, 10. Februar. Ihre Königl. Hoh. die Kronprinzessin ist heute Morgen 3 Uhr von einem Prinzen entbunden worden. Der König und die Prinzen haben heute Morgen ihre Gratulations-Besuche gemacht und die Königin der hohen Wöchnerin einen Besuch abgestattet. — Der Ministerpräsident Graf Bismarck hat Berlin noch nicht verlassen, da sein Gesundheitszustand so angegriffen ist, daß er seine Urlaubsreise noch nicht hat antreten können. Dies giebt einigen Blättern zu neuen aber falschen Kombinationen Veranlassung. Graf Bismarck soll nämlich hiernach als Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen, nicht aber als Minister für Lauenburg und als Bundeskanzler Urlaub genommen haben. Die Aufstellung, das Graf Bismarck als Bundeskanzler anwesend und als Minister des Auswärtigen abwesend von Berlin ist, gehört aber schon mehr in den Kladderadatsch als in eine politische Zeitung. — Nach dem Gange, den die Verhandlungen und Abstimmungen über den hannoverschen Provinzialfonds im Abgeordnetenhause genommen haben, ist natürlich nunmehr die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Haltung des Herrenhauses in dieser Angelegenheit gerichtet. Allen Anzeichen nach ist von demselben ein verwerfendes Votum nicht zu erwarten. Vor Allen hatten neben einiger Agitationen besonders auch Mißverständnisse auf die Haltung der konservativen Partei des Abgeordnetenhauses Einfluß geübt, die beim Herrenhause in Wegfall kommen. Die Stellung des Ministeriums, das in dieser Frage einig ist und und einig bleiben wird, liegt jetzt klar vor und kann nicht mehr verkannt werden. Eine weitere Fortsetzung der Opposition von Seiten der konservativen Partei könnte aber die weitgreifendsten Folgen haben. Von diesem Gesichtspunkt wünschen die entschieden liberalen Blätter auch nichts sehnlicher, als daß das Herrenhaus dem Gesetzentwurfe seine Zustimmung nicht geben möge. Dies wird für die konservative Partei jedenfalls auch ein Wink sein! — Bei den Erörtereungen der Vorlage über die Abfindung der Depossedirten ist in der Presse auch die Bemerkung gemacht worden, daß man sich nicht recht erklären könne, woraus der Ministerpräsident Graf Bismarck aus diese Frage eine Kabinetsfrage gemacht habe. Es wird bei dieser Bemerkung übersehen, daß es sich hier um einen Vertrag gehandelt hat, der mit Genehmigung des Königs abgeschlossen ist, und daß eine Regierung, die aus der Verwerfung der Verträge keine Kabinetsfrage macht, in den Augen des Auslandes nur an Vertrauen verlieren kann. Die Verwerfung eines Vertrags ist demnach etwas Anderes, als die Verwerfung einer gewöhnlichen Gesetzesvorlage, es kommen bei jener die internationalen Beziehungen in Betracht. Dazu kam noch in dem vorliegenden Falle, daß der Vertrag mit dem König Georg durch das Interesse noch eine größere politische Bedeutung erhielt, welches das Ausland, namentlich England an demselben nahm. — Die französische Regierung hat an den preußischen Geschäftsträger, Grafen Solms, in Betreff der hannoverschen Flüchtlinge, alsbald nach deren Eintreffen auf französischem Gebiete aus eigenem Antriebe die beruhigendsten Erklärungen gegeben. — Das „N. Wiener Fremdenblatt" schreibt, daß die preußische Regierung die ihr aus der Verfassung des norddeutschen Bundes erwachsene Oberhoheit benutzt habe, um einen Extrazug zu verhindern, der bestimmt gewesen sei, die Verehrer des Königs Georg zur Feier der silbernen Hochzeit desselben nach Hietzing zu bringen. Es ist hierbei zu bemerken, daß die Verhinderung von Extrazügen, bei denen es sich wie hier um Demonstrationen, die Aufregung hervorzurufen geeignet sind, handelt, nicht Sache des Bundeskanzlers oder der Bundesbehörden, sondern einfach Sache der Polizei ist. — Die Schlußberathung des Staatshaushalts-Etats ist bis Donnerstag vertagt. Dieselbe scheint nicht das beschleunigte Tempo annehmen zu sollen, das zu wünschen ist, sondern man wird sich allen Anzeichen nach wieder auf lange und langweilige Debatten gefaßt machen müssen.

Berlin, 10. Februar. Se. Maj. der König, J. Majestät die Königin Wittwe, J. K. H. der Kronprinz, die Prinzen Alexander und Georg ꝛc. wohnten am Sonntag dem Vormittagsgottesdienste im Dome bei; die übrigen hohen Herrschaften hörten die Predigt in der Marien- und Matthäi-Kirche. Mittags begab sich des Königs Majestät in das Zeughaus und ertheilte hierauf Audienzen einer Deputation der Aeltesten der evangelischen Gemeinde zu Rotterdam und dem Regierungspräsidenten zu Kassel, Freiherrn v. Hardenberg. Nach einer Ausfahrt fand die Familientafel bei Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen Friedrich Carl im hiesigen Schlosse statt und erschienen an derselben auch Se. Königl. Hoh. der Prinz August von Würtemberg, J. Hoh. der Prinz Heinrich von Hessen, der Herzog Elimar von Oldenburg ꝛc. Heute Vormittags empfing Se. Majestät der König Militärs und andere Personen von Distinktion und nahm die gewöhnlichen Vorträge entgegen.

— J. K. Hoh. die Kronprinzessin ist heute früh von einem Prinzen entbunden worden. Der englische Botschafter Lord Loftus und der Minister des K. Hauses Frhr. v. Schleinitz waren gegenwärtig, um das übliche Protokoll aufzunehmen.

— Seitens der Fraktion der Konservativen des Abgeordnetenhauses ist an Se. K. Hoh. den Kronprinzen in Folge des heutigen erfreulichen Ereignisses folgende Adresse gerichtet worden: „Durchlauchtigster Kronprinz, gnädigster Kronprinz und Herr! Zu dem erfreulichen und nicht allein Ew. Königlichen Hoheit und das Königliche Haus, sondern das ganze Vaterland höchst beglückenden Ereignisse der Geburt eines Prinzen bringen die unterthänigst Unterzeichneten ihre ehrerbietigsten Glückwünsche dar. In tiefster Ehrfurch Eurer Königl. Hoheit treu gehorsamste Mitglieder der konservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses."

— Die Zeitungen bringen fortgesetzt irrthümliche Nachrichten über die Berathungen der Kommission zur Ausarbeitung eines Civilprozeßordnungs-Entwurfs. Es ist ebenso thatsächlich unrichtig, daß der Justizminister sich in letzter Zeit an den Sitzungen der Kommission nicht betheiligt habe, als daß Beschlüsse über die Bedeutung des Beweis-Interlocuts gefaßt seien. Hiermit zerfallen alle daran geknüpften Behauptungen über die in der Kommission stattgehabten Debatten. Die Grundlosigkeit von dergleichen Nachrichten ergiebt sich schon daraus, daß die Veröffentlichung der Berathungen vor deren Abschluß nach der Geschäftsordnung der Kommission nicht gestattet ist. Weitere Berichtigungen in dieser Richtung werden deshalb an dieser Stelle nicht stattfinden. (Staats-Anz.)

— Aus dem Umstande, daß man von Berlin aus den Bauriß des Schlosses Gottorp in Schleswig eingefordert hat, schmeicheln sich die Schleswiger mit der Hoffnung, daß ihre Stadt der Sitz der gemeinschaftlichen Regierung der Elbherzogthümer werden wird.

— Die Konzession, auf Grund welcher das Spiel in den nassauischen Ländern noch einige Jahre fortdauert, ist eigentlich für Wiesbaden, Ems, Langenschwalbach und Schlangenbad ertheilt. In letzteren beiden Bädern ließen die Spielaktionäre die Bank bald eingehen, da sie einen zu geringen Gewinn abwarf. Nach dem jetzt mit der Regierung abgeschlossenen Vertrage zahlen die Aktionäre bekanntlich eine Million Thaler, welche den Städten Wiesbaden und Ems zu Gute kommen sollen. Augenblicklich befindet sich eine Deputation hier, um vom Minister des Innern zu erwirken, daß von dieser Summe auch Langenschwalbach und Schlangenbad Antheil erhielten.

— Wir berichteten kürzlich über eine Petition zweier pommerscher Pfarrer an das Abgeordnetenhaus wegen Errichtung überseeischer Kolonien. Nach einer Berliner Korrespondenz der „Köln. Ztg." dürfte diese Petition bei der Staatsregierung auf Widerstand stoßen, schon weil der Schutz der jungen Niederlassungen zu viel Kräfte an Menschen und Geld in Anspruch nähme. Die Verweisung der Petenten auf den Vorgang des großen Kurfürsten, welcher 1680, nach dem Siege bei Fehrbellin, eine brandenburgische Ansiedelung in Afrika gründete, ist gerade nicht gut gewählt, da dieses Unternehmen dem Staate zunächst Demüthigungen durch Holland, dann viele Geldkosten verursachte und endlich 1720, nach 40jährigen Versuchen, von Friedrich Wilhelm I. den Holländern für 7200 Dukaten verkauft wurde.

— Um so bald wie möglich das dringende Bedürfniß vieler Behörden des Landes nach einem thunlichst vollständigen Ortschaftsverzeichnisse des preußischen Staates zu befriedigen, sollen von jedem Wohnplatze diejenigen Unterlagen gesammelt werden, zu denen das statistische Bureau die erforderliche Anleitung gegeben hat. Die Angelegenheit soll so beschleunigt werden, daß das vollständige Ortschaftsverzeichniß in alphabetischer Ordnung noch im Laufe des Jahres 1868 erscheinen kann.

— Der Präsident der Regierung zu Gumbinnen, Herr von Maurach, hatte bei dem Ministerium seine Versetzung beantragt. Diesem Antrage wurde nicht nur nicht zugestimmt, sondern sogar darauf gedrungen, daß Herr v. Maurach seine bisherige Wirksamkeit fortsetze.

— Man schreibt der „N. Pr. Z.": Mehrere Mitglieder der konservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses haben bei der Abstimmung über den Domanial-Ablösungsfonds der Provinz Hannover sowohl gegen das v. Kardorffsche Amendement als gegen den Antrag v. Diest gestimmt. Da diese Abstimmung leicht einer Mißdeutung unterliegen kann, so bemerken wir, daß die gedachten Herren aus prinzipiellen Gründen geglaubt haben, den v. Diestschen Antrag als einen erwünschten Vermittelungsvorschlag nicht ansehen zu dürfen, daß sie aber ihrer Ueberzeugung nach noch weniger in der Lage waren, dem v. Kardorffschen Amendement beizustimmen. Aus dieser Anschauung waren die Verbesserungs-Anträge v. Brauchitsch und Graf Westarp hervorgegangen und es ergab sich nach deren Verwerfung für die erwähnten Abgeordneten die Konsequenz, sowohl gegen das v. Kardorffsche Amendement, als gegen den Antrag v. Diest, als endlich bei der Schlußabstimmung gegen den Gesetzvorschlag der Kommission mit dem Amendement v. Kardorff ihr Votum abgeben zu müssen.

— Die Verhandlungen mit der Homburger Spielbank haben zu keinem Resultate geführt; der Regierungskommissar Wohlers hat den Badeort am 7. Februar verlassen, Herr Blanc hat den Vorschlägen der Regierung folgende Gegenpropositionen entgegengestellt: „Fortdauer des Spiels bis 31. Dezember 1875. Dafür zahlt die Gesellschaft außer ihren bisherigen Leistungen, 800,000 Thlr. an die Stadt und überläßt an dieselbe ihr ganzes Vermögen, Immobilien (worunter auch die Gasfabrik), Mobilien und den Betrag des Anlehens von 800,000 Gulden, welchen die Homburger Eisenbahngesellschaft im Jahre 1901 zurückzahlen muß." Natürlich wird die Regierung ihre Drohung zur Wahrheit machen und die Schließung der Homburger Spielhölle auf gesetzmäßigem Wege veranlassen.

— Das hervorragendste Mitglied der konservativen Partei in Preußen, der Geheime Regierungsrath Wagener, dessen Zurückhaltung in den parlamentarischen Kämpfen in neuerer Zeit nicht unbeachtet geblieben sein wird, war schon seit längerer Zeit mit vielen Parteigenossen über die Stellung, welche die Konservativen einzunehmen haben, um unserem Staate die Erfüllung seiner Aufgaben in Deutschland zu ermöglichen, abweichender Meinung. Wie wir hören, hat derselbe jetzt, ohne Zweifel unter wesentlicher Einwirkung des Verhaltens eines großen Theils der Konservativen gegenüber der Regierungsvorlage über den Provinzialfonds, schriftlich seinen Austritt aus der konservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses erklärt.

— Wie wir ferner hören, ist Herr Wagener zum Nachfolger des durch körperliches Leiden an der Wahrnehmung seiner Geschäfte verhinderten Wirklichen Geh. Ober-Regierungsraths Costenoble in der Stellung eines vortragenden Raths des Staats-Ministeriums beim König ausersehen.

— Im Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin ist kürzlich eine Petition an den Großherzog in Umlauf gesetzt worden, welche eine eingehende Erörterung der Unmöglichkeit des Fortbestehens der landständischen Verfassung vornimmt und um Einführung der konstitutionellen Staatsform bittet.

— Für die Linien-Kavallerie- und Feld-Artillerie-Regimenter soll, in gleicher Weise wie bei der Garde, die Ernennung von Stabsroßärzten bevorstehen.

— Im Ministerium des Innern ist man zur Zeit mit Aufstellung der neuen Etats thätig, welche sowohl eine bedingte Vermehrung der Stellen in dem genannten Ressort, als auch für die demselben unterstellten Verwaltungsbehörden des Landes eine Besserstellung der Gehälter aller Subalternbeamten bezwecken.

— Einer Mittheilung der „Nat.-Ztg." zufolge würde sich Graf Bismarck in einigen Tagen nach Ostpreußen begeben, um sich mit eigenen Augen von dem dortigen Nothstande zu überzeugen und die Mittel zu erwägen, wie demselben zu begegnen ist. (?)

— In einer Zuschrift vom 5. Februar zeigt der Unterstaatssekretär im Kultusministerium Lehnert dem Oberpräsidenten Eichmann an, daß ihm jeder Zeit Aerzte zur Disposition ständen, falls sich in den vom Typhus heimgesuchten Gegenden ein Mangel an solchen fühlbar machen sollte. Diese Aerzte werden mit 10 Sgr. für die Meile Eisenbahn und mit 20 Sgr. für die Meile Landweg zu berechnende Reisekosten, 4 Thlr. Diäten aus Centralfonds resp. vorschußweise aus Provinzialfonds, erhalten. Die Reisekostensätze gelten auch für die Reisen, welche die Aerzte innerhalb des ihnen anzuweisenden Distrikts unternehmen.

— Wie der „B. B.-Z." berichtet wird, haben sich die Gründungs-Comité's für die Märkische Nordbahn und die Berlin-Neubrandenburger Bahn völlig fusionirt und ihr Programm verschmolzen. Die Bausumme ist bedeutend reduzirt worden und der Linie der Name „Berliner Nordbahn" gegeben worden, für welche man sich, bei $21\frac{1}{4}$ Meilen Länge, auf ein Baukapital von $7\frac{1}{2}$ Millionen Thlr. geeinigt hat. Davon sollen circa $\frac{3}{4}$ Millionen durch den Prämienzuschuß des Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz und die Bewilligung von freiem Lande auf 6—7 Meilen Länge und durch eine von der preußischen Regierung ziemlich sicher zu erwartende Prämie aufgebracht, die übrigen $6\frac{3}{4}$ Millionen dagegen zu drei Fünfteln in Stamm- und zu zwei Fünfteln in Stamm-Prioritäts-Aktien beschafft werden. Die Ausführung des Baues soll im Sinne des bisherigen Programms der Märkischen Nordbahn als Konsortien-Entreprise bewirkt werden.

Berlin, 10. Februar. (Haus der Abgeordneten.) 46. Sitzung. Präsident: v. Forckenbeck. Am Ministertisch: Finanzminister Freiherr von der Heydt und mehrere Regierungs-Kommissare. Die Tribünen sind mäßig, die Plätze im Hause ziemlich zahlreich besetzt. — Der Präsident eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 35 Minuten und ertheilt nach der Meldung des Eintritts des Abg. Tuilo dem Justizminister Dr. Leonhardt das Wort. Derselbe beantragt die Ermächtigung des Hauses zur Erhebung einer Anklage gegen den Redakteur der „Zukunft" wegen eines Artikels in der Nummer der „Zukunft" vom 25. v. M. unter dem Titel „Geldbewilligungen", welcher Beleidigungen des Abgeordnetenhauses enthalte. Der Antrag wird der Justizkommission überwiesen und das Haus tritt in den ersten Gegenstand der Tages-Ordnung ein: Vorberathung des Staatshaushalts-Etats pro 1868 im ganzen Hause. Zu Tit. 2 Pos. 11 beantragt der Regierungs-Komm. Geh. Ober-Finanzrath Mölle die Position von 339,263 Rt. 3 Sgr. 9 Pf. unverändert zu lassen, weil der Beschluß des Herrenhauses über den Provinzialfonds noch nicht extrahirt sei, womit das Haus einverstanden ist. Bei Pos. 12 desselben Titels: 185,861 Rt. 8 Sgr. 7 Pf. wird die durch Beschlüsse des Hauses bei der Vorberathung festgesetze Reduktion dieser Position in Höhe von 96,820 Rt. angenommen. Eben so werden ohne Diskussion die übrigen unter Vorbehalt angenommenen Positionen des Etats genehmigt. Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist die Vorberathung über den Entwurf des Etatsgesetzes nebst dem Nachtrage zu diesem Gesetze. Zu den Paragraphen, welche die Genehmigung der bis zur Feststellung innerhalb der Grenzen geleisteten Ausgaben aussprechen, liegt folgender Antrag des Abg. v. Dechend und Genossen vor: „An Stelle des §. 2 der Regierungs-Vorlage folgenden §. zu setzen: Die Mittel zur Einlösung der im Laufe des Jahres 1868 ausgegebenen Schatz-Anweisungen im Betrage von 10 Millionen Thalern sind durch Begebung einer verzinslichen Staats-Anleihe zu beschaffen, deren Betrag vom Jahre 1869 ab jährlich mit mindestens Einem Prozent zu tilgen ist.

Abg. v. Dechend: Als er sein Amendement vor länger als zwei Monaten einbrachte, glaubte er besorgen zu müssen, daß die Staatsregierung bei der beabsichtigten neuen Anleihe ebenfalls zur Verausgabung von Schatzscheinen greifen würde. Wenn diese Besorgniß auch nicht mehr vorliege, so müsse er sein Amendement dennoch aufrecht erhalten, damit Niemand behaupten könne, daß zur Zeit nicht auf die entstehenden Gefahren, welche durch die Verausgabung derartiger Schatzscheine hervorgerufen werden können, aufmerksam gemacht worden sei. Bisher habe sich der Staat bei aufzunehmenden neuen Anleihen jederzeit zu einer entsprechenden Zinszahlung und Amortisation verpflichtet. Von diesem Grundsatze ist man auch bei Verausgabung von Schatzscheinen im Wesentlichen nicht abgegangen. Die Staatsregierung habe erklärt, sie wolle keine schwebende Schuld haben; sie wolle diese Scheine nur auf die Dauer von höchstens zwölf Monaten ausgeben, die Maßregel soll keine permanente sein. Jetzt scheint jedoch die Absicht vorzuliegen, das System der schwebenden Schuld aufzunehmen. Wenn die Regierung jetzt neue Schatzscheine ausgeben will, so thue sie dieses mit dem Bewußtsein, daß sie dieselbe mit anderen Schuldscheinen einlösen wolle. Es scheine ihm unbegreiflich, warum unsere Finanzverwaltung, die jeden Kredit ohne gleichen hat und jede Summe unkündbar auf lange Zeit unter Bedingungen auf feste Anleihe bekommen könne, um die uns andere Nationen beneiden, sich dieses Hülfsmittels nicht bediene. Ihm sei es nicht zweifelhaft, daß unter den gegenwärtigen günstigen Geldumständen noch viele Millionen Schuldscheine ausgegeben werden können. Zeiten wie 1866 können aber wiederkehren und noch viel schlimmere. Eine vorsichtige Staats-Verwaltung müsse auf solche Zeit Rücksicht nehmen. Wenn man eingewendet, es könne auf 10 Millionen Schuldscheine nicht ankommen, so müsse er bemerken, gerade, weil es nur 10 Millionen seien, empfehle es sich, mit der schwebenden Schuld nicht länger zu zögern. Er müsse daher seinen Antrag aufrecht erhalten. — Finanzminister Frhr. v. d. Heydt: Man kann dem Herrn Vorredner beistimmen, wenn er über das Bedenkliche einer schwebenden Schuld spricht. Der Ruf der preußischen Finanzverwaltung hat aber zu keiner Zeit höher gestanden als jetzt, und wird auch durch den vorliegenden Gegenstand nicht

leiden. Zur Ergänzung der Motive habe ich noch folgendes hinzuzufügen. Es wird Jedem erinnerlich sein, daß beim Kreditgesetze der Vorschlag der Kassen- und Schuldanweisungen sich darauf stützte, daß damals Effekten schwer zu realisiren waren. Als der Etat aufgestellt wurde, glaubte ich, daß ein Theil der Schuld-Anweisungen aus den Ueberschüssen des nächsten Jahres würde gedeckt werden, und der andere Theil aus den Ueberschüssen des nächstfolgenden Jahres. Diese Erwartungen haben sich leider nicht bestätigt. Ein bedeutender Betrag für Obligationen ist beschlossen; jetzt ist eine neue Anleihe von 40 Millionen genehmigt, so daß noch Obligationen zu realisiren bleiben. Ohne sich finanziell sehr zu verschlechtern, kann man also dennoch einen Betrag von 10 Millionen ausgeben. Ich nehme daher keinen Anstand, dem Hause die Genehmigung des Vorschlages zu empfehlen.

Abg. Twesten: Wenn das Budget ordentlich berathen worden und dazu 3 Monate erforderlich sind, muß die Regierung den Reichstag spätestens Oktober einberufen. Der Herr Minister erklärt sodann im hannöverschen Provinzialfonds keine Aenderung eintreten zu lassen. Er könne den Grund des Regierungs-Kommissar, daß es dabei bewenden müsse, weil das Herrenhaus noch darüber zu befinden, nicht anerkennen und ist der Ansicht, daß künftig die Zinsen für diese hannoversche Staatsschuld aus unserem Etat verschwinden müsse. Redner geht hierauf ausführlich auf die Veränderungen in diesem Etat ein. Die Staatsschuld habe Ende 1866 258,779,000 Rt. betragen und sei bis jetzt auf 365,143,000 Rt. gestiegen, welche mit Hinzurechnung von 100 Millionen für die neuen Landestheile und die unverzinsliche Staatsschuld von 20 Millionen eine Gesammtsumme von 486 Millionen erreiche. Hiernächst geht Redner auf die Aktiva des preußischen Staates ein und bemerkt, daß die bei den letzttägigen Vorberathungen vom Herrn Ministerpräsidenten gemachten Bemerkungen in Betreff des hannoverschen Aktivvermögens irrthümliche gewesen. Jetzt wirthschafteten wir zweifellos mit einem Defizit, wozu noch die 10 Millionen Schatzscheine kommen und hält Redner eine derartige schwebende Schuld für keinen Nachtheil, glaubt vielmehr, daß der Staat durch dieselbe zur Vorsicht gemahnt würde. Wenn das Publikum an derartige Schatzscheine gewöhnt sei, dann liege auch während eines Krieges bei dergleichen Verausgabung keine Gefahr vor, sondern ein Vortheil. Dieses Verfahren sei auch in England üblich. Es lasse sich zwar die Gefahr einer schwebenden Schuld nicht verkennen, aber sie sei keine größere als die, welche durch Verausgabung von Banknoten entstehe. Außerdem habe der Staat noch bedeutende Betriebsbestände in Händen. Wenn es sich rechtfertigen lasse, wenn der Staat im vergangenen Jahre vielleicht Schatzscheine im Betrage von 30 Millionen Rt. ausgegeben hätte, so lasse sich dies gegenwärtig mit einem geringen Betrage ebensowohl. Außerdem lasse sich die Verausgabung von Schatzscheinen auch vom finanziellen Standpunkte aus rechtfertigen, indem einer Anleihe gegenüber noch eine Ersparniß von ca. 700,000 Rt. gemacht werde. Man könne daher ohne Bedenken dem Gesetz seine Zustimmung geben.

Abg. Dr. Virchow will die Aufmerksamkeit des Hauses auf zwei Punkte hinlenken. Man habe seit einem halben Jahre die Hülfsquellen des preußischen Staates als unerschöpfliche dargestellt. Er wolle nun die Staatsregierung darauf aufmerksam machen, daß der jetzt eingeschlagene Weg die Zerrüttung der Finanzverhältnisse herbeiführen müsse. Praktisch würde bei derartigen Verhandlungen die Anwesenheit des Gesammt-Ministeriums sein, denn nur dadurch würde dasselbe ein richtiges Bild unserer Finanz-Verhältnisse erhalten; er hätte dann auch ersehen, daß der Ministerpräsident dem Hause den Vorwurf machte, wir seien geneigt, für die Provinz Preußen 40 Millionen zu bewilligen, und der Provinz Hannover den Provinzialfonds abzuschneiden. Die Einnahme vom Jahre 1867 sei gegen das Jahr 1866 im Budget um 11 Millionen gestiegen. Es könne eine solche Einnahme doch unmöglich aus der vermehrten Steuerkraft des Landes herrühren. Wenn auch bei dem Jahre 1868 die Verhältnisse mit Rücksicht auf den norddeutschen Bund schwerer zu unterscheiden seien, so ließe sich doch immer ersehen, daß die Einnahmen des preußischen Staates die gleiche Höhe erreicht haben, wie die des Jahres 1867, und daß der Mehrbetrag gegenüber den Einnahmen des Jahres 1867 sich auf ca. 15 Millionen Rt. belaufe. Seit dem Jahre 1850 sei eine vollständige Verdoppelung der Einnahmen eingetreten. Wenn die Regierung daraus schließe, daß dieses Verhältniß ein fortgehendes sein werde, so werde sie dadurch in die größten Finanz-Kalamitäten hineingerathen, neben der Selbstverwaltung gebe der Etat viel Veranlassung nachzudenken. (Justizminister Dr. Leonhardt tritt ein.) Eine vernünftige Selbstverwaltung werde nicht auf dem Wege erzielt, den der Herr Ministerpräsident einzuschlagen erklärt habe. Dadurch werde nur eine Kassen-Verwaltung erzielt. Wahre Selbstverwaltung beruhe zu allererst auf Gemeinde-Freiheit; dazu sei vorerst nöthig die Abschaffung der Gensdarmerie. Wenn man Selbstverwaltung wolle, müsse man Gemeindefreiheit geben, denn zu einer Provinzialvertretung mit Gensdarmerie könne er sich nicht verstehen. Es sei eine gerechtere Vertheilung der Ausgaben nöthig und es sei daher Pflicht der Landesvertretung, die Regierung fortwährend daran zu erinnern, daß wir nicht heidenmäßig viel Geld haben und sie sparsam in den Ausgaben sein müsse. — Regier.-Kommissar Geh. Rath Mölle: Bei den Zahlenangaben sind dem Vorredner so bedeutende Irrthümer untergelaufen, daß ich sie berichtigen muß. Er meint, die Steigerung von 1866 auf 1867 betrage 11 Millionen Rt., das ist unrichtig, sie beläuft sich nur auf $6\frac{1}{2}$ Millionen, denn er hat das Extraordinarium von $4\frac{1}{2}$ Millionen zu Marinezwecken mit hineingerechnet, eben so irrthümlich sind die Angaben über die Steigerung des Etats von 1867 auf 1868. Die Veranschlagung der Einnahmen in dem vorliegenden Etat ist nach denselben Grundsätzen erfolgt, wie in früheren Jahren und die sich auch bewährt haben. Der Vorwurf des Vorredners kann deshalb die Regierung nicht treffen. Wenn derselbe den Vorwurf erhebt, daß die Staatsschulden sich vermehrt, so erwidere ich, daß die Anleihen mit Zustimmung dieses Hauses entrirt und sie namentlich zu produktiven Zwecken verwendet sind. (Schluß folgt.)

Danzig, 9. Februar. Der Dampfaviso „Preußischer Adler" ist behufs gründlicher Untersuchung seines Bodens gestern in die Klawitter'sche Dock gelegt worden; es war dies mit großen Schwierigkeiten verbunden, da die Eisschollen, von dem Aufeisen bei dem Herausschaffen der „Arcona" herrührend, vom Sturm zwischen Schiff und Dock getrieben wurden und nur durch die korrekten Anordnungen der leitenden Ingenieure beseitigt werden konnten.

Kiel, 10. Februar. Es liegt in der Absicht, die zwischen Kiel und Kopenhagen bestehende direkte Dampfschiffsverbindung am nächsten Mittwoch wieder zu eröffnen, falls nicht neues Frostwetter eintrittt.

Dresden, 10 Februar. Das heutige „Dresdener Journal" publizirt das Gesetz über die neue vierprozentige Anleihe von acht Millionen Thalern und bestätigt, daß sechs Millionen der vorjährigen fünfprozentigen Anleihe unbegeben geblieben sind, sowie, daß die sechsprozentigen Handdarlehne damit eingelöst und „sonstige nothwendige Ausgaben" davon bestritten werden sollen.

Dresden, 10. Februar. Die Agitation gegen die Gesetz-Vorlage über Wechselstempelung ist im Wachsen. Insbesondere protestiren die Handelskammern dagegen, weil man sie über die Zweckmäßigkeit der Maßnahme nicht vorher befragt hat. Von Seiten des Ministeriums wurde heute der Kammer die Aufhebung der landwirthschaftlichen Abtheilung der Akademie zu Tharandt zugesichert.

München, 8. Februar. Die übertreibenden Angaben und Gerüchte über das Unwohlsein, welches den König Ludwig I. zu Nizza befallen hatte, haben heute ihre beste Berichtigung und schlagendste Widerlegung gefunden durch eigenhändige Briefe Sr. Majestät vom 5. d., welche heute hier eingetroffen sind. Se. Majestät war keineswegs genöthigt gewesen das Bett zu hüten, hatte sich stets des besten Appetits und Schlafs erfreut, und benutzte das herrliche Wetter zu Spaziergängen im Freien. Man hatte dort 18 Grad Wärme. (A. A. Z.)

Ausland.

Wien, 6. Februar. Aus bestimmter Quelle vernehme ich, daß die K. Regierung eine Anleihe von 50 Millionen beabsichtigt, aller Wahrscheinlichkeit nach für die gemeinsamen Reichszwecke.

Pesth, 6. Februar. Die in Paris erscheinende „Korresp. du Nord-Est", das neu gegründete Organ der polnischen Nationalpartei, veröffentlichte vor einigen Tagen einen Brief des Generals Klapka, worin derselbe die politische Lage Europas und die von den Ungarn zu befolgende Politik bespricht. Klapka hält eine französisch-österreichische Allianz den ungarischen Interessen für verderblich, muntert dagegen die slawischen Völker und besonders die Serben in ihren Unabhängigkeitsbestrebungen auf und redet einem Bündniß zwischen Letzteren und den Ungarn eifrig das Wort.

Bern, 10. Februar. Der in Wien am 4. Februar d. J. ratifizirte Vertrag über die Schifffahrts- und Hafenordnung für den Bodensee tritt am 1. Mai in Kraft.

Paris, 10. Februar. Der „Constitutionnel" hält trotz der gegentheiligen Depesche aus Bukarest die Nachricht aufrecht, daß sich bewaffnete Banden in Rumänien gebildet haben. — „La France" meldet, daß der Geschäftsträger des Fürsten Karl von Rumänien, Cretzulesco, heute eine Konferenz mit Moustier gehabt habe.

Florenz, 10. Februar. Die Deputirtenkammer setzt die Berathung des Marine-Etats fort. Bei Beginn der Sitzung machte der Präsident Mittheilung von der Antwort, welche der König der Beglückwünschungsdeputation ertheilt hatte. Der König hatte das Vertrauen ausgesprochen, daß seine und seiner Kinder Vaterlandsliebe und die traditionelle Hingebung seiner Dynastie für das Wohl Italiens sich auf alle Nachkommen seiner Familie vererben werden.

Florenz, 10. Februar. Die „Italienische Korrespondenz" dementirt die neuerdings von Lissabon telegraphisch verbreitete Nachricht von einem blutigen Zusammenstoß zwischen Truppen und Volk, welcher in Braga stattgefunden haben soll, als der König und die Königin auf ihrer Rückkehr nach Villa Viciosa die Stadt passirten; die Korrespondenz fügt hinzu, daß das Königspaar unausgesetzt der Gegenstand lebhafter Ovationen der Bevölkerung gewesen sei.

Rom, 4. Februar. Der Jesuit Curci hat hier in einer Kirche eine sehr heftige Predigt gegen den Kaiser Napoleon III. gehalten, die einen unerhörten Skandal gemacht hat. In der hiesigen französischen Botschaft war man darüber um so aufgebrachter, weil diese Predigt in der amtlichen Zeitung vorher in italienischer und in französischer Sprache angezeigt worden war.

London, 8. Februar. General Napier hält die Gefahr, in Abyssinien einzuregnen, für so groß, daß er versuchen will, den ganzen Feldzugsplan zu ändern, und der Beschleunigung halber anstatt 5000 Mann nur die Hälfte zu aktiven Operationen zu verwenden. Es bleibt abzuwarten, ob diese Zahl nicht doch zu gering ist, um den Erfolg sicher zu stellen. Man trifft im Lande mehr Schießgewehr als man erwartet hatte.

Rio de Janeiro, 7. Januar. Die Freude über die Geburt eines Prinzen, Sohn der Kaiserlichen Prinzessin Leopoldine, Herzogin von Sachsen, ist noch immer sehr groß, da die Nation nun die Dynastie und mit ihr die Ruhe des Reiches gesichert sieht. Die Einnahmen des Zollamtes von Rio de Janeiro haben im Monat Dezember gegen 12 Millionen Francs betragen. Namentlich ist die Ausfuhr von Kaffee nach Europa gerade jetzt enorm und steigt mit jedem Monat.

Pommern.

Stettin, 11. Februar. In Folge des theilweise eisfreien Fahrwassers ist es den beiden kleineren nur flachgehenden Dampfern „Blitz" und „Victor" gelungen, die Fahrt von Swinemünde nach hier zu machen. An mehreren Stellen des Reviers und namentlich bei den Lebbiner Bergen sollen tief liegende Eismassen die Fahrt von Schiffen größeren Tiefganges hemmen und es ist dem mit Kohlen beladenen, ebenfalls von Swinemünde nach hier abgegangenen Dampfer „Grand duc Alexis" auch nicht gelungen, durchzukommen. Die beim Kricks angetroffenen großen Eismassen nöthigten ihn, nach Swinemünde zu retourniren.

— Betriebs-Einnahmen: I. der Stammbahn Berlin-Stettin-Stargard: im Monat Januar 1868 115,738 Thlr., im Monat Januar 1867 123,460 Thlr., mithin im Monat Januar 1868 weniger 7722 Thlr.; II. der Zweigbahn Stargard-Cöslin-Colberg: im Monat Januar 1868 24,624 Thlr., im Monat Januar 1867 28,318 Thlr., mithin im Monat Januar 1868 weniger 3694 Thaler; III. der Vorpommerschen Zweigbahnen: im Monat Januar 1868 34,272 Thlr., im Monat Januar 1867 38,182 Thlr., mithin im Monat Januar 1868 weniger 3910 Thlr.

— Nach den beim Ober-Kommando der Marine eingegangenen Nachrichten ist S. M. Brigg „Musquito" am 8. d. in der Bay von Vigo angekommen, nachdem dieselbe, wie mitgetheilt, am 5. Lissabon verlassen.

— Gegen die Direktion des hiesigen Stadttheaters waren Anklagen erhoben wegen Sonntags-Entheiligung, weil während der Stunden des Gottesdienstes im Theater-Gebäude einerseits Proben abgehalten und andererseits Billette verkauft worden waren. Heute stand für beide Fälle Termin an; die Vertheidigung hatte für die erste Sache Herr Justizrath Cramer, für die zweite Herr Pochat übernommen, und erfolgte in beiden Sachen die Freisprechung.

— Am 7. d. Mts. wurden dem Kaufmann S. aus einer Remise in der Wallstraße mittelst Einbruches durch Zerschlagen des an der Thüre befindlichen Vorlegeschlosses zwei Tonnen Heringe im Werthe von 20 Thlr., und dem Kaufmann K. aus seinem vor dem Königsthore links am Wege nach Grünhof belegenen Garten ein eisernes Pumpenrohr von 12′ Länge, ein messingener Pumpenkrahn und ein Thürenschloß gestohlen. — Der hier im Gesellenhause logirende Töpfergeselle Herm. Faust annektirte gestern aus einer Küche in Züllchow eine dort frei auf dem Tische liegende Speckseite, konnte sich des Besitzes derselben aber nicht lange erfreuen, indem der Diebstahl unmittelbar nachher bemerkt, F. verfolgt und ihm seine Beute wieder abgenommen wurde.

Stolp, 9. Februar. Die durch die traurige Ernte des vorigen Jahres in den Kreisen Lauenburg, Neustadt und Carthaus hervorgerufene Noth steigert sich von Tag zu Tag und ist jetzt schon so weit gediehen, daß man Suppen-Anstalten eingerichtet hat, welche sehr bald einen größeren Umfang erhalten müssen. Bis jetzt hat man sich noch in den Kreisen allein geholfen, indeß liegt der Moment wohl nicht fern, wo man gezwungen sein wird, auf die Staatsbeihülfe zu rekrutiren. Dies würde vielleicht vermieden werden, wenn bald Arbeitsgelegenheit durch den genehmigten Eisenbahn-Bau von Stolp nach Danzig gegeben würde, dem die Grund-Entschädigung des Danziger Landkreises von 20,000 Thlr. bis jetzt entgegenstand, weil die übrigen von der Eisenbahn durchschnittenen Kreise zu ihrer eigenen Grund-Entschädigung auch noch die 20,000 Thlr. des Danziger Landkreises aufbringen sollten, aber es nicht vermochten. Nach der soeben eingegangenen Mittheilung eines unserer Abgeordneten hat der Herr Handelsminister Graf v. Itzenplitz zugesagt, die Grund-Entschädigung für den Danziger Landkreis aus anderen Fonds zu bestreiten und die Kreise Stolp, Lauenburg und Neustadt bei der Unmöglichkeit, diese 20,000 Thlr. aufzubringen, davon zu entbinden, und so ist jedes Hinderniß zum Anfang des Eisenbahnbaues von Stolp nach Danzig fortgeräumt. Diese Nachricht hat hier einen wahren Jubel in allen Ständen hervorgerufen und Alles dankt dem Herrn Handelsminister Grafen v. Itzenplitz für diese Fürsorge und man hofft nun auf den schnellsten Anfang des Baues, damit der Noth jetzt durch Arbeits-Verdienst entgegengetreten wird.

Vermischtes.

Wien, 6. Februar. Man theilt dem „Pesth. Lloyd" eine interessante Episode zum Prozeß Ebergényi mit. Bei seiner Visitation in der Untersuchungszelle der inhaftirten Stiftsdame fanden sich nämlich Briefe vor, welche erst in jüngster Zeit geschrieben und darauf berechnet waren, die Angeklagte über den Stand der Untersuchung des Grafen Chorinsky in München — soweit dies eben bei der außerordentlichen Verschwiegenheit, welche das Münchener Bezirksgericht beobachtet, möglich ist — zu informiren. Man konnte schlechterdings nicht eruiren, auf welchem Wege diese Briefe in die Zelle gekommen sind; die Gefängnißaufseher wurden in scharfes Verhör genommen, aber sie vermochten ihre Unschuld zu beweisen. Endlich brachten die Aussagen einer Mitinhaftirten auf die Spur der Vermittler des verbotenen Briefverkehrs. Julie v. Ebergényi hatte nämlich durch ihren Liebreiz das Herz eines der Soldaten gerührt, die auf den Gängen des Landgerichtes Wache zu halten berufen sind. Da nun diese Soldaten in einem gewissen Turnus wiederkehren, so wußte die Ebergényi sich mit demselben über ihre Korrespondenz ins Einvernehmen zu setzen. So weit ist die Untersuchung über diesen Punkt gediehen; welcher der drei Soldaten, die einander abzulösen haben, der eigentlich Schuldige ist, konnte noch nicht ermittelt werden, da sowohl die Ebergényi als der schuldige Soldat beharrlich leugnet. Inzwischen sind alle drei Soldaten ins Stockhaus abgeliefert worden.

Viehmärkte.

Berlin. Am 10. Februar c. wurden an Schlachtvieh auf hiesigen Viehmarkt zum Verkauf aufgetrieben:

An Rindvieh 1181 Stück. Die Zutriften waren im Verhältniß zum hiesigen Konsum zu stark, um mehr als mittelmäßige Durchschnittspreise erzielen zu können, beste Qualität konnte nur den höchsten Preis von 16 bis 17 Rt., mittele 13—15 Rt., ordinäre 9–11 Rt. pr. 100 Pfd. Fleischgewicht erzielen. Exportgeschäfte sowohl nach dem In- als Auslande waren nur sehr unbedeutend.

An Schweinen 3202 Stück. Der Handel war ziemlich lebhaft, doch konnten bei diesen bedeutenden Zufuhren nur mittelmäßige Preise erzielt werden, der höchste Preis für beste feine Kernwaare stellte sich nur auf 16 bis 17 Rt. pr. 100 Pfd. Fleischgewicht.

An Schafvieh 1626 Stück, wofür sich die Preise für 40—45 Pfd. auf 7–8 Rt. stellten.

An Kälbern 655 Stück, wofür sich die Preise höher als vorwöchentlich gestalteten.

Börsen-Berichte.

Stettin, 11. Februar. Witterung: leicht bewölkt und stürmisch. Temperatur + 5 ° R. Barometer 27″ 11‴. Wind: W.

An der Börse.

Weizen matter, loco per 2125 Pfd. gelber inländischer 101—104 Rt., ungarischer 93—98 Rt., bunter polnischer 98—103 Rt., weißer 105 bis 108 Rt., feiner etwas höher bezahlt, 83—85pfd. gelber Februar 101 Rt. nom., Frühjahr 102—$101\frac{1}{2}$ Rt. bez. u. Gd.

Roggen schließt matter, loco pr. 2000 Pfd. 78—80 Rt., Februar 80 Rt. Br, Frühj. $80\frac{1}{4}$, 80, $79\frac{3}{4}$ Rt. bez., Mai-Juni 80 Rt. bez. u. Br., Juni-Juli 78 Rt. Br., $77\frac{1}{2}$ Gd., Juli-August $72\frac{1}{2}$ Rt. Br.

Gerste behauptet, loco pr. 1750 Pfd. nach Qualität $53\frac{1}{2}$—56 Rt., 69—70pfd. schlesische Frühjahr $55\frac{3}{4}$ Rt. bez., ohne Gewichts-Garantie $55\frac{1}{2}$ Rt. Br.

Hafer wenig verändert, loco per 1300 Pfd. $37\frac{1}{2}$—$38\frac{1}{2}$ Rt. bez., 47—50pfd. $39\frac{1}{2}$ Rt. Br.

Erbsen wenig verändert, loco per 2250 Pfd. 67—$71\frac{1}{2}$ Rt., Viktoria- $92\frac{1}{2}$ Rt. bez., Frühjahr Futter- $71\frac{1}{2}$ Rt. bez. u. Br.

Rüböl wenig verändert, loco $10\frac{1}{4}$ Rt. Br., Februar 10 Rt. bez., April-Mai $10\frac{1}{4}$ Rt. bez., Br. und Gd., September-Oktober $10\frac{1}{2}$ Rt. Br. u. Gd.

Petroleum loco $6\frac{3}{4}$ Rt. bez.

Spiritus matter, loco ohne Faß $20\frac{1}{8}$ Rt. bez., Februar-März $19\frac{3}{4}$ Rt. bez., Frühjahr $20\frac{1}{6}$ Rt. bez., $\frac{1}{4}$ Br. u. Gd., Mai-Juni $20\frac{7}{12}$ Rt. Gd., August-September $21\frac{1}{3}$ Rt. bez.

Regulirungs-Preise: Weizen 102, Roggen 80, Rüböl 10, Spiritus $19\frac{3}{4}$.

Breslau, 10. Februar. Spiritus per 8000 Tralles $18\frac{3}{4}$ Br. Weizen per Februar 98 Br. Roggen per Februar 76, pr. Frühjahr 77. Rüböl pr. Februar $9\frac{2}{3}$, pr. Frühjahr $9\frac{3}{4}$. Raps pr. Februar $88\frac{1}{2}$ Br. Zink umsatzlos.

Hamburg, 10. Februar. Getreidemarkt. Locogetreide stille, aber behauptet. Weizen auf Termine fest. Roggen auf Termine höher. Weizen pr. Februar 5400 Pfd. netto 177 Bankothaler Br., 176 Gd., per Februar-März 177 Br., 176 Gd., per Frühjahr 176 Br., $175\frac{1}{2}$ Gd. Roggen per Februar 5000 Pfd. Brutto 142 Br., 141 Gd., per Februar-März 140 Br., 139 Gd., pr. Frühjahr 139 Br., $138\frac{1}{2}$ Gd. Hafer ruhig. Rüböl loco 22, per Mai $22\frac{5}{8}$, per Oktober $22\frac{3}{8}$. Spiritus $27\frac{3}{4}$. Kaffee sehr lebhaft, ungefähr 15,000 Sack Santos schwimmend verkauft. Zink unbegehrt.

Amsterdam, 10. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen fest, pr. März $314\frac{1}{2}$, pr. Mai $321\frac{1}{2}$, pr. Juni 314, per Juli 306. Raps pr. April $67\frac{1}{2}$, pr. Oktober 68. Rüböl pr. Mai 35, per November-Dezember 37.

London, 10. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Englischer Weizen geringere Sorten $1\frac{1}{2}$ s niedriger, fremder im Detailgeschäft meist 1 s niedriger, Mahlgerste sehr fest. In Hafer beschränkter Umsatz, 3 bis 6 d höher. Kaffeeladungen matt.